

Torben Halbe (Chief Strategy Officer, EGO Institute), Lior Abutbul

Deutsche Parteinahе Stiftungen in Israel

Budget und Zahlungen an Dritte



EGO Institute

Deutsche Parteinaher Stiftungen in Israel

Budget und Zahlungen an Dritte

Torben Halbe¹, Lior Abutbul

¹EGO Institute, Berlin, torben@ego-institute.org

Der grausame Angriff der Hamas auf Israel am 07.10.23 hat erneutes Interesse an deutschem Steuergeld, das an palästinensische Organisationen geht, hervorgerufen. Deutsches Steuergeld gelangt auf verschiedenen Wegen nach Israel und damit auch an die palästinensischen Organisationen. Dazu gehören die Auslandsprojekte der Parteinaher Stiftungen. Wir legen diese Ausgaben zum ersten Mal in deutscher Sprache offen, so weit das mit öffentlich zugänglichen Informationen möglich ist. Hierzu sind israelische Unterlagen notwendig, da die Bundesregierung sowie die Stiftungen selbst in dieser Sache hochgradig intransparent sind.

Die Parteinaher Stiftungen zu betrachten, ist gerade besonders interessant, da ihre Finanzierung aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts neu geregelt werden muss. Im Entwurf für das entsprechende "Gesetz zur Finanzierung politischer Stiftungen aus dem Bundeshaushalt", kurz "Stiftungsfinanzierungsgesetz" (StiftFinG), wird von den Stiftungen verlangt, [die Gewähr zu bieten](#), "für die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie für den Gedanken der Völkerverständigung aktiv einzutreten". Unsere Analyse ergibt, dass zumindest für die Arbeit in Israel Stand jetzt keine der Stiftungen der Öffentlichkeit diese Gewähr bietet. Es mangelt allgemein an Transparenz, und von den wenigen öffentlich einsehbaren Aktivitäten scheinen einige der Völkerverständigung und der demokratischen Grundordnung Israels eher entgegenzulaufen.

Daraus leiten wir die Forderung ab, ein Moratorium für Zahlungen nach Israel zu verhängen und diese erst wieder aufzunehmen, wenn ein transparentes Dokumentationssystem eingeführt wurde. Aufgrund der akuten Bedrohung durch die Hamas und ihre Verbündeten sollte mit Israel angefangen werden, aber in Zukunft sollte das so entwickelte System auf andere Staaten übertragen werden, um Transparenz und das Eintreten für Demokratie und Völkerverständigung bei der Arbeit der Parteistiftungen auch in anderen Staaten zu gewährleisten.

Problemdarstellung

Die deutschen Parteinaher Stiftungen bestreiten ihre Finanzierung größtenteils durch staatliche Zuwendungen. Bezogen auf Bundesmittel handelt es sich einerseits um "Globalzuschüsse" durch das Bundesministerium des Innern, die der politischen Arbeit im Inland dienen. Diese betragen im [Jahr 2022 148 Millionen Euro](#). Insgesamt bekommen die Stiftungen dieses Jahr aber [rund 590 Millionen Euro](#). Die Differenz von knapp 442 Millionen Euro geht ins Ausland, es handelt es sich hierbei um projektbezogene Mittel, die durch das Auswärtige Amt, das Bundesumweltministerium, das Bundesministerium für Bildung und Forschung und vor allem das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bereitgestellt werden.

Damit übersteigen die Steuermittel für die Auslandsarbeit diejenigen für die Inlandsarbeit, aber während Vorgänge im Inland regelmäßig inhaltlich kritisiert werden, unter anderem wegen der [engen personellen Verflechtung mit den Parteien](#) und [Lohnhöhen, die gegen das Besserstellungsverbot verstießen](#), ist über die Auslandsarbeit kaum etwas bekannt. Entsprechend kann nur allgemeine Kritik geäußert werden, an [der Üppigkeit und der Intransparenz](#).

Nur besonders drastische Fälle schaffen es in die Presse. Konkret für Israel wurde unter anderem berichtet, dass die Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) und die Linken-nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) palästinensische Organisationen finanzieren, von denen zumindest zweifelhaft ist, dass ihnen an einem Fortbestand des demokratischen Staates Israel gelegen ist. Manche davon haben Verbindungen zur marxistisch-leninistischen "Volksfront zur Befreiung Palästinas" (PFLP), die seit 2002 in der EU als Terrororganisation gelistet ist. Die HBS zahlt seit Jahren [deutsches Steuergeld an die Organisation "Addameer"](#), die in der Vergangenheit zahlreichen am Ende wegen Terrorismus verurteilten PFLP-Mitgliedern Rechtshilfe leistete. Die RLS [unterstützte](#) die Union of Agricultural Work Committees (UAWC) aus deutschen Steuergeldern. Die UAWC wird verdächtigt, solche internationalen Fördergelder [teilweise an die PFLP umzuleiten](#). Die israelische Regierung hat im Oktober 2021 [beide Organisationen](#) wegen ihrer Nähe zur PFLP als Terrororganisation eingestuft.

Eine über diese drastischen Einzelfälle hinausgehende Erfassung blieb bislang aus. Das liegt an der Intransparenz seitens der Bundesregierung, wie sich am deutlichsten an den zunehmend verschlossenen Antworten auf kleine Anfragen der AfD zum Thema zeigt.

Bereits die Antwort auf eine kleine Anfrage 2018 war vage ([Drucksache 19/4138](#)). Beispielsweise wurde bekannt, dass zwischen 2012 und 2014 fast 28 Millionen Euro in ein "Gesellschaftspolitisches Beraterprogramm Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika" der Friedrich-Ebert-Stiftung. Wer dort wozu beraten wurde, erfahren wir nicht. Auch die meisten anderen Posten der langen Liste benannten nur die jeweilige Stiftung, Jahre, Beträge und Weltregionen, keine Details.

Zumindest wurden diese Informationen damals aber noch veröffentlicht. Als die AfD im Jahr 2022 erneut fragte, stuft das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung alle entsprechenden Informationen seit 2020 als Verschlussache ein, denn "eine Veröffentlichung dieser Einzelheiten" könne "für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland nachteilig sein" ([Drucksache 20/2175](#)). Die Abgeordneten können diese einsehen, aber der öffentlichen Debatte und Kontrolle bleiben sie entzogen.

Die hier vorliegende Studie ist damit die erste, die zumindest in Bezug auf Israel einen umfassenden Blick auf die Finanzströme liefert.

Resultate

Abkürzungen

Name	Abkürzung	Partei
Konrad Adenauer Stiftung	KAS	CDU
Friedrich Ebert Stiftung	FES	SPD
Friedrich Naumann Stiftung	FNF	FDP
Heinrich Böll Stiftung	HBS	Grüne
Rosa Luxemburg Stiftung	RLS	Linke
Hanns Seidel Stiftung	HSS	CSU

Umrechnungsfaktor

Die Geldbeträge werden primär in israelischen Schekeln (₪) angegeben, da dies die Originalbeträge in den vorliegenden Unterlagen darstellt. Eine Umrechnung in Euro findet nur zur Veranschaulichung der Größenordnung statt, hierfür wird der Kurs vom 02.11.23 zugrunde gelegt, das heißt ein Schekel entspricht 0,2365 Euro.

Herkunft der Daten

Da von deutscher Seite kaum Daten zu bekommen sind, wurden israelische Daten verwendet. Die israelischen NGOs "NGO Monitor" und "Im Tirzu" haben diese Daten aufgearbeitet, für das hier vorliegende Papier wurden die Daten zusammengetragen und überprüft, wo nötig wurden sie um Eigenrecherche direkt in den israelischen Akten ergänzt.

Die Parteistiftungen haben je nach der Rechtsform ihrer lokalen Organisation mehr oder weniger Dokumentationspflichten gegenüber der israelischen Regierung. Hieraus entstanden ist die Tabelle 1, die die Gesamtbilanz der in Israel registrierten Ableger der Parteistiftungen auflistet.

In der Tabelle fällt auf, dass für die Friedrich Ebert Stiftung und die Friedrich Naumann Stiftung weniger Daten vorliegen als für die anderen. Das ist darauf zurückzuführen, dass die jeweilige lokale Organisation dieser beiden Stiftungen in Israel als ausländisches Unternehmen registriert ist, nicht als gemeinnützige Organisation. Das bedeutet für FES und FNF weniger Transparenzpflichten, dafür müssen sie allerdings Steuern zahlen. Auch das wiederum geschieht bemerkenswerterweise mit deutschem Steuergeld.

Für die anderen vier lokalen Vertretungen gelten zwar besagte Dokumentationspflichten, es muss aber hervorgehoben werden, dass sie diese nur bedingt einhalten. Dieser Rechtsbruch verschlechtert die Datenlage für uns. Die Heinrich Böll Stiftung und Hanns

Seidel Stiftung haben bisher für die Jahre 2021 und 2022 keinen Jahresbericht eingereicht, die Rosa Luxemburg Stiftung hat für das Jahr 2022 keinen eingereicht.

Stiftung	Offizielle Unterlagen
KAS	https://www.guidestar.org.il/organization/560028888/documents
HBS	https://www.guidestar.org.il/organization/560015869/documents
RLS	https://www.guidestar.org.il/organization/560025322/documents
HSS	https://www.guidestar.org.il/organization/560028912/documents

Die andere Datenquelle sind die Dokumentationspflichten von in Israel als gemeinnützig registrierten israelischen und palästinensischen Organisationen. Diese müssen offenlegen, von welchen Organisationen sie Spenden bekommen. Das erfasst alle Zahlungen der deutschen Parteistiftungen, auch die von FES und FNF. Hieraus ist die Tabelle 2a hervorgegangen, umgerechnet in Euro die Tabelle 2b. Diese Tabellen kategorisieren die Empfänger auch danach, wie problematisch sie aus unserer Sicht sind, Details siehe unten. Einschränkend ist hierbei anzumerken, dass nicht gemeinnützige Empfänger nicht erfasst werden. Für das Jahr 2023 liegen nur unvollständige Daten vor, da viele Organisationen diese Zahlungen erst 2024 melden werden. Daher werden die vorhandenen Daten für 2023 zwar angegeben, aber das Jahr wird nicht mit voll dokumentierten Jahren verrechnet.

Noch wichtiger ist gerade bezüglich der Frage, ob deutsche Gelder an Terrororganisationen fließen, ist die Einschränkung, dass Organisationen nicht erfasst werden, die ausschließlich in den Palästinensergebieten registriert sind, sofern dort überhaupt eine Registrierung notwendig ist, was z. B. für Hamas-nahe Organisationen im von der Hamas kontrollierten Gazastreifen nicht zu erwarten ist. Organisationen, die direkt den Terror finanzieren, würden tunlichst vermeiden, sich in Israel als gemeinnützig zu registrieren und damit ihre Finanzströme für die Strafverfolgungsbehörden offenzulegen.

Der Historiker Michael Wolffsohn [stellt in einem Artikel für "Die Welt" klar](#), dass die von der Bundesregierung bei in den Gazastreifen fließenden Geldern beschworene "Non-Contact Policy gegenüber der Hamas" in weiten Teilen illusorisch ist. Das gilt mindestens genauso, wenn dieses Geld indirekt über die Parteistiftungen dorthin fließt.

Undokumentierte Zahlungen

Um diese Dokumentationslücke darzustellen, erfassen wir in Tabelle 1 auch die Differenz zwischen dem jährlichen Budget der lokalen Vertretung der Parteistiftungen, sofern eingereicht, und denjenigen Zahlungen an Dritte, die wir nachvollziehen konnten. Mit den vorliegenden Daten können wir nicht sicher sagen, wie viel von dieser Dunkelziffer bei Terroristen landet.

Dass es einige Parteistiftungsgelder betrifft, lässt sich aus den oben beschriebenen Zahlungen der HBS an Addameer und der RLS an die UAWC vermuten. Denn diese

Zahlungen tauchen in unseren Unterlagen nicht auf, da Addameer und UAWC nicht in Israel als gemeinnützig registriert waren.

Natürlich wird ein Teil der nicht nachvollziehbaren Ausgaben auch an harmlose Dritte fließen oder für Veranstaltungen und Publikationen der Stiftungen selbst ausgegeben werden, aber es kann eben leider nicht nachvollzogen werden.

Die Dunkelziffer beträgt für den jeweiligen lokalen Ableger der Parteistiftung und für den gesamten jeweils dokumentieren Zeitraum:

Stiftung	KAS	HBS	RLS	HSS
Zeitraum	2012, 2014-2022	2013-2020	2012-2021	2013-2020
Gesamtbudget in ₪	47.795.221	29.567.620	55.521.496	18.428.679
Undokumentierte Ausgaben in ₪	45.891.610	26.352.149	43.624.080	17.104.620
Gesamtbudget in €	11.303.570	6.992.742	13.130.834	4.358.383
Undokumentierte Ausgaben in €	10.853.366	6.232.283	10.317.095	4.045.243
Anteil undokumentiert	96,02%	89,13%	78,57%	92,82%

Da für die lokalen Vertretungen der Friedrich Ebert Stiftung und Friedrich Naumann Stiftung das Gesamtbudget unbekannt ist, sind auch Höhe und Anteil der undokumentierten Ausgaben unbekannt.

Da die obige Tabelle je nach Stiftung verschiedene Zeitspannen abbildet, die zudem teilweise weit zurückliegen, möchten wir zur Erlangung aktuellerer Werte zusätzlich das Jahr 2020 einzeln betrachten. Es ist das letzte Jahr, für das alle vier als gemeinnützig registrierten Organisationen ihr Budget veröffentlicht haben. Es ergibt sich:

2020, ₪	KAS	HBS	RLS	HSS	Summe
Budget	6.114.616	3.203.059	5.984.534	2.328.265	17.630.474
Dokumentierte Ausgaben	907.769	189.000	1.307.499	264.908	2.669.176
Undokumentierte Ausgaben	5.206.847	3.014.059	4.677.035	2.063.357	14.961.298
Anteil undokumentiert	85,15%	94,10%	78,15%	88,62%	84,86%

Es zeigt sich, dass die Transparenz im relativ aktuellen Jahr 2020 nicht merklich besser ist als im langjährigen Mittel. Es zeigt sich zudem, dass die Rosa Luxemburg Stiftung einen

verhältnismäßig großen Anteil ihres Budgets an Organisationen weitergibt, die in Israel als gemeinnützig registriert sind, was uns verhältnismäßig viel Einblick erlaubt. Von den vier untersuchten Stiftungen wissen wir für das Jahr 2020 am wenigsten über die Ausgaben der Heinrich Böll Stiftung, langjährig sind die Stiftungen der beiden Unionsparteien aber noch intransparenter. Zumindest kennen wir aber in all diesen Fällen zumindest das Gesamtbudget, was deutlich mehr Transparenz darstellt als bei der Friedrich Ebert Stiftung und der Friedrich Naumann Stiftung. Obwohl diese beiden den Gipfel der Intransparenz darstellen, ist es auch für die vier als gemeinnützig registrierten Stiftungen inakzeptabel, dass im Durchschnitt für 2020 nur 15% ihrer Ausgaben in Israel öffentlicher Kontrolle unterliegen.

Kategorisierung der registrierten Empfänger

Aber selbst unter den registrierten Empfängern deutschen Steuergelds finden sich viele zweifelhafte Organisationen.

Um einen Überblick zu bieten, wurden sie im Folgenden danach kategorisiert, wie problematisch sie aus unserer Sicht sind. Dabei ist die erste Kategorie die problematischste, und so weiter.

Der Übersichtlichkeit halber werden die Beträge hier nur in Schekel angegeben, für die Umrechnung in Euro siehe Tabelle 2b.

Kategorie 1: Unterzeichner von Papieren zur Unterstützung von Terrororganisationen

Nachdem Israel am 19.10.2021 die bereits erwähnten Organisationen Addameer und die UAWC sowie vier andere palästinensische NGOs, nämlich die Union of Palestinian Women's Committees (UPWC), das Bisan Center for Research and Development, Al-Haq und Defense for Children International – Palestine (DCI-P) als terroristisch einstufte, verurteilten viele andere israelische und palästinensische NGOs den Schritt öffentlich, darunter auch mehrere Empfänger von deutschem Steuergeld über die Parteistiftungen.

Diese öffentliche Verurteilung der Entscheidung der israelischen Regierung offenbart eine zu große ideologische Nähe zum Terrorismus. Denn die Entscheidung der Regierung erfolgte aufgrund solider Hinweise, wie oben für Addameer und die UAWC bereits besprochen. Der in den Statements geäußerte Vorwurf, die Regierung wolle die Zivilgesellschaft oder humanitäre Hilfe generell in die Nähe des Terrorismus rücken und verbieten, wirkt absurd, da von den zahlreichen in diesem Feld aktiven Organisationen (von denen viele in diesem Paper auftauchen), nur sechs betroffen waren. Zudem regierte zu diesem Zeitpunkt die Anti-Netanjahu-Koalition, der viele linksgerichtete Kräfte angehörten, die zumindest zu diesem Zeitpunkt große Sympathien für palästinensische humanitäre Arbeit hatten.

Entsprechend befremdlich wirkt eine Solidarisierung mit terrornahen Organisationen. Wie beschrieben werden die von uns betrachteten Organisationen wegen ihrer offenliegenden Finanzen den Terror wahrscheinlich nicht im großen Stil finanziell fördern, daher ist eine solche klare ideologische Positionierung das größte Zeichen von Terrornähe, dass wir von

Organisationen erwarten können, die wir mit den vorliegenden Daten klar als Empfänger deutschen Steuergelds über die Parteinahen Stiftungen identifizieren können.

Dabei sticht die Organisation "Miftah" heraus, da sie ein [Statement](#) gemeinsam mit fünf der sechs frisch als terroristisch eingestuften Organisationen (Al Haq, Addameer, DCI-P, UAWC, UPWC) unterzeichnete und sogar [das Treffen organisiert hatte](#), das zu diesem Dokument führte.

MIFTAH - The Palestinian Initiative for the Promotion of Global Dialogue and Democracy

Jahr	2012
Konrad Adenauer Stiftung	44.702

Das Jahr der Zahlung macht klar, dass die Konrad Adenauer Stiftung nicht etwa nach dieser Solidarisierung noch Geld an MIFTAH zahlte, sondern lange vorher. Trotzdem kam die Ideologie von MIFTAH, die im Jahr 2021 zu dieser Solidarisierung führte, nicht aus dem Nichts und war auch schon lange vor 2012 gut zu erkennen, wie die Einträge für MIFTAH in den Kategorien 2 und 3 zeigen.

Zwei weitere Solidarisierungsstatements wurden von der Organisation B'Tselem verfasst. Das erste schon am [25.10.21](#) und eine zweite, abgeschwächte Version mit mehr Unterzeichnern am [21.08.22](#). Die erste Version spricht beispielsweise davon, dass die "Kriminalisierung" der "Menschenrechtsaktivitäten" "feige" sei und charakteristisch für unterdrückerische, autoritäre Regime.

Statement "B'Tselem" 1

Unterzeichner dieser Version waren folgende Empfänger deutschen Steuergelds über die Parteistiftungen:

The Association for Civil Rights in Israel

Jahr	2014	2015	2016	2020
HBS		35.000	60.000	
FES				57.600
RLS	4.711			

Die Association for Civil Rights in Israel unterzeichnete zudem bereits 2019 ein Statement, das die Durchsuchung der Büros von einer der sechs erwähnten Organisationen, Addameer, durch die israelische Armee verurteilte.

Bimkom - Planners for Planning Rights

Jahr	2013	2017
------	------	------

Heinrich Böll Stiftung	39.660	
Rosa Luxemburg Stiftung		31.152

[Ir Amim - For an Equitable and Stable Jerusalem with an Agreed Political Future](#)

Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
HBS	50.000	42.000	23.100	24.000	45.000		
KAS				101.538	68.042	220.675	279.610

[Kav Laoved - Worker's Hotline](#)

Jahr	2014	2018	2019	2020	2021	2022
RLS	53.729	41.581	107.800	74.643	65.130	43.375
FES				35.000		

[Kerem Navot](#)

Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
RLS	33.783	39.998	51.219	46.856	39.105	39.200	38.500

[Combatants for Peace](#)

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
RLS	60.000	60.839	42.867	53.528	38.000	39.414	42.343

[Rabbis for Human Rights](#)

Jahr	2012
Rosa Luxemburg Stiftung	3.173

Statement "B'Tselem" 2

Die [abgeschwächte Version](#) spricht von "beklagenswert" und lässt das "autoritär" fallen. Der merkliche Unterschied zwischen den beiden Versionen ist aber, dass in der zweiten die Entscheidung ausländischer Geldgeber, die sechs eingestuftten Organisationen weiter zu unterstützen, hervorgehoben wird. Unsere Vermutung ist, dass die Unterzeichner des ersten Statements den harten Kern der Unterstützer der sechs eingestuftten Organisationen (und damit indirekt des Terrorismus) sind, während die später hinzugekommenen es ideologisch ähnlich sehen, aber zunächst die Reaktion der internationalen Geldgeber abwarten wollten, wahrscheinlich aus Sorge um ihre Finanzen. Die zweite Version wurde von allen genannten mit Ausnahme der "Worker's Hotline" erneut unterzeichnet, hinzu kamen:

[Abraham Initiatives](#)

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2020
------	------	------	------	------	------	------	------

FES	227.000	106.000	99.000	118.000	72.000	81.000	
HSS			106.000	114.000	64.000	68.000	264.908

The Arab Center for Alternative Planning

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
RLS	171.539	216.432	219.605	254.040	312.295	138.834	20.500

Akevot - Institute for Israeli-Palestinian Conflict Research

Jahr	2020
Konrad Adenauer Stiftung	53.415

Sikkuy-Aufog - For a Shared and Equal Society

Jahr	2017	2018	2019
HBS	81.900	133.400	85.000

Itach - Women Lawyers for Social Justice

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2022
HBS	85.000	94.100	120.000	94.000	84.000	79.800	163.000	117.000	12.000

Isha L'Isha (woman to woman) - Feminist Center Haifa

Jahr	2015
Heinrich Böll Stiftung	23.503

Mahapach

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
RLS	83.375	113.365	92.844	212.275	189.898	178.678	125.199	124.172

Negev Coexistence Forum for Civil Equality

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
RLS	46.649	76.644	92.845	187.221	189.382	170.545	126.152	164.832	96.368	58.800	61.425

Uns für 2023 zum Zeitpunkt der Veröffentlichung bekannt: 14.025

Social TV

Jahr	2014	2016
Rosa Luxemburg Stiftung	21.995	20.764

Zochrot - From Nakba to Return

Jahr	2012	2014	2021	2022
RLS	81.240	60.235	27.000	26.249

Statement "Kayan Feminist Organization"

Ein weiteres Statement stammt von der "Kayan Feminist Organization", in der letzten Fassung vom 25.10.21. Es bezeichnet die Entscheidung der israelischen Regierung als einen "noch nie dagewesenen Angriff auf Menschenrechtsverteidiger, die der israelischen Besatzung und ihrer Unterdrückung, ihrem Apartheidsystem, ihrer Gleichgültigkeit gegenüber ernsten Verbrechen unter internationalen Gesetzen, und dem Missbrauch von Antiterrorismusetzen gegen Palästinenser widerstehen", und ruft zur Rückgängigmachung der Entscheidung und zu internationalem Druck auf.

Von den Unterzeichnern erhielten die folgenden schon einmal deutsches Steuergeld über die Parteistiftungen:

[Injaz - The professional development force engine of the Arab local authorities in Israel](#)

Jahr	2016	2017	2018
Heinrich Böll Stiftung	430.000	77.500	67.500

[Mada Al-Carmel - Arab Center for Applied Social Research](#)

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2022
RLS	28.899	42.428	52.807	39.353	70.560	38.500

[Arab Culture Association](#)

Jahr	2017
Rosa Luxemburg Stiftung	19.554

[The Arab Center for Alternative Planning](#)

Geldgeber siehe oben; unterzeichnete auch das zweite B'Tselem-Statement.

[Tishreen Association](#)

Jahr	2018	2019	2020
RLS	125.069	122.849	58.530

[I'LAM - Arab Center for Media Freedom Development and Research](#)

Jahr	2014	2015	2016	2018	2019
HSS	189.482	186.438	156.740	168.748	139.491

Statement "Israelische Soziologische Gesellschaft"

Das "[Center for Advancement of Peace Initiatives](#)" unterzeichnete ein Statement der "[Israelischen Soziologischen Gesellschaft](#)" vom 26.10.21, das den Schritt der israelischen Regierung als "Kriegserklärung an die Zivilgesellschaft" bezeichnet und von einem "Zusammenbruch der Unterscheidung zwischen politischer Aktivität und Sicherheitsrisiko" spricht, als ob die sechs Organisationen nicht unter dem Deckmantel der politischen Aktivität Terrorismus finanziert und somit diese Unterscheidung selbst aufgehoben hätten.

Center for Advancement of Peace Initiatives

Jahr	2012	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
FES		48.000	76.039	83.128	103.525	68.884	69.962	76.034
RLS	59.626							

Kategorie 2: Ideologische Nähe zu palästinensischen Terrororganisationen

Organisationen in dieser Kategorie verbreiten Narrative, die so oder ähnlich auch von Terrororganisationen genutzt werden, um Gewalt zu rechtfertigen und das Existenzrecht Israels in Frage zu stellen. Es geht beispielsweise darum, Israel Apartheid oder Kolonialismus vorzuwerfen, die palästinensische Situation mit dem Holocaust zu vergleichen oder den israelischen Gedenktag "Jom haSikaron", bei dem gefallenen Soldaten und zivilen Opfern von Terroranschlägen gedacht wird, mit einem Gedenktag für getötete palästinensische Terroristen zu vermischen.

Bimkom - Planners for Planning Rights

Siehe auch Kategorie 1.

Wirft Israel unter anderem Apartheid, Kolonialismus, Kollektivstrafen und Kriegsverbrechen vor.

Combatants for Peace

Siehe auch Kategorie 1.

Unterzeichnete einen Brief an den Präsidenten des EU-Parlaments, um zu fordern, das EU-Parlament solle Israel als "state sponsor of terrorism" einstufen. Unterzeichnete Amnesty Internationals Statement, das Israel Apartheid vorwirft. Zieht Parallelen zwischen Opfern palästinensischer Anschläge und palästinensischen Toten im Kontext israelischer Terrorbekämpfung. Gedenkt beider jährlich an einem "Joint Remembrance Day".

Zochrot - From Nakba to Return

Siehe auch Kategorie 1.

Ist für eine "Ein-Staaten-Lösung" mit Juden in der Minderheit. Hat das "right to return" im Namen, die revisionistische Position, die Palästinenser sollten in die Gebiete zurückkehren, die sie während der Mischung aus Flucht und Vertreibung von Palästinern aus dem früheren britischen Mandatsgebiet zwischen 1947 und 1949 verlassen hatten. Das würde das Ende des Staats Israel bedeuten. War 2014 beteiligt am YouTube-Video einer jüdischen Künstlerin, die dort als "der Holocaust" auftrat und sagte, er sei das beste, was dem jüdischen Volk je passiert wäre.

Erläuterung "Nakba"

Die palästinensische Propaganda stellt die Gründung des Staates Israel von 1947–1949 oft einseitig als eine Vertreibung der vorher ortsansässigen Araber dar ("Nakba"). Allerdings

waren viele Juden bereits vorher in die Region gezogen und hatten Grundstücke legal käuflich erworben. Im Kontext der durch die UN beschlossenen Staatsgründung kam es dann zu einer unruhigen Situation. Manche Araber wurden vertrieben. Viele flohen aber von sich aus, nicht zuletzt, weil die umliegenden arabischen Staaten einen Angriff auf den in der Entstehung begriffenen Staat Israel planten und den ortsansässigen Arabern mitteilten, sie sollten zu ihrer eigenen Sicherheit erst einmal fliehen, sie könnten dann nach dem Krieg und der Vertreibung der Juden zurückkehren. Die arabischen Staaten und Milizen verloren diesen Krieg, den "Palästina-Krieg" oder "Israelischen Unabhängigkeitskrieg", allerdings. Heute ist die grobe Vereinfachung dieses komplexen Sachverhalts eine ideologische Waffe gegen die Existenz Israels und eine Rechtfertigung des Begriffs "Besatzung".

[Abraham Initiatives](#)

Siehe auch Kategorie 1.

[Schreibt "Arab Lives Matter"](#), als ob der israelische Staat das anders sehen würde. Wirft Araber betreffende Gewaltverbrechen (die größtenteils von anderen Arabern ausgehen) der Nachlässigkeit des israelischen Sicherheitsbehörden vor, statt sie den Tätern anzulasten, um daraus einen Diskriminierungsfall zu konstruieren. Das ist so, als würde man bei jedem Gewaltverbrechen in Deutschland sagen, die Polizei sei Schuld, weil sie es nicht verhindert hat.

[The Van Leer Jerusalem Institute](#)

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
RLS						66.025	69.159	156.420	97.224	60.035
FES	172.850	45.800	54.986	16.000						
HBS	55.000									
HSS					35.000					
KAS						11.690				

Veranstaltete im [Februar 2023 die Konferenz](#) "A Partnership Based Israeli-Palestinian Peace – Toward a Changed Paradigm." Die Einladung sprach von einer Intensivierung des "Jewish apartheid regime between the Jordan and the sea" in den letzten 20 Jahren. [Organisierte eine Veranstaltung](#), die den Holocaust mit der "Nakba" (Erläuterung siehe oben) verglich. Die HBS wollte diese finanzieren, musste aber nach negativer Presse aussteigen.

[Mada Al-Carmel - Arab Center for Applied Social Research](#)

Siehe auch Kategorie 1.

[War 2007 Koautor](#) der Haifa-Erklärung, die Israel vorwarf, den Holocaust auf Kosten der Palästinenser "auszunutzen", und forderte, "jüdischer Staat" solle aus Israels Definition verschwinden.

[Negev Coexistence Forum for Civil Equality](#)

Siehe auch Kategorie 1.

[Beziehtigt Israel](#) der ethnischen Säuberung, Apartheid und Kollektivstrafen mit Bezug auf Beduinen.

[Molad - The Center for the Renewal of Israeli Democracy](#)

Jahr	2016	2017	2019	2020
HBS		91.140	100.000	100.000
RLS	84.219	52.653		

Veröffentlichte den Artikel [“Yes, Israel is a Settler-Colonial State. Just Like America, Canada, and Australia”](#).

[Ir Amim - For an Equitable and Stable Jerusalem with an Agreed Political Future](#)

Siehe auch Kategorie 1.

[Wirft Israel Apartheid vor.](#)

[Israeli Palestinian Bereaved Families for Peace](#)

Jahr	2020
Konrad Adenauer Stiftung	79.040

Zieht Parallelen zwischen Opfern palästinensischer Anschläge und palästinensischen Toten im Kontext israelischer Terrorbekämpfung. Gedenkt beider jährlich an einem ["Joint Remembrance Day"](#).

[Akevot - Insitute for Israeli-Palestinian Conflict Research](#)

Siehe auch Kategorie 1.

[Stellt die Mischung aus Flucht](#) und Vertreibung von Palästinensern aus dem früheren britischen Mandatsgebiet zwischen 1947 und 1949 als vor allem Vertreibung dar (siehe "Erläuterung Nakba"), Akevot-Experte Adam Raz bezeichnete die Gründer Israels einmal als eine "Generation von Plünderern".

['LAM - Arab Center for Media Freedom Development and Research](#)

Siehe auch Kategorie 1.

Wirft Israel [ethnische Säuberungen, Rassismus und Kollektivstrafen vor](#). Auf einer Konferenz 2015 der Organisation waren sich die Sprecher einig, die "Nakba" (Erläuterung siehe oben) ["habe nie aufgehört, sondern würde bis heute durch Rassismus und Diskriminierung andauern"](#).

[Mossawa Center - The Advocacy Center for Arab Citizens in Israel](#)

Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018
FES	90.112	93.308	85.544	110.400	115.400	115.400

[Wirkte auf UN und EU ein](#), im Versuch, Israels Politik als "Vertreibung", "Annexion", "ethnische Säuberung", "Apartheid" und "Kolonianismus" bezeichnen zu lassen.

Miftah

(Siehe auch Kategorien 1 und 3)

Wirft Israel [Massaker, Apartheid und standrechtliche Hinrichtungen palästinensischer Jugendlicher sowie "Siedler-Kolonianismus" vor](#), unterzeichnete 2022 einen [Report](#) an den UN Menschenrechtsrat, der das Existenzrecht Israels verneint.

Social TV

(Siehe auch Kategorie 1)

Lies noch vier Wochen vor dem Hamas-Angriff einen israelischen Jugendlichen sagen, er würde sich wegen Besatzung und Apartheid weigern, seine Wehrpflicht zu erfüllen, und lieber ins Gefängnis gehen.

Kategorie 3: BDS-Kampagnen

Die gegen Israel gerichtete "Boycott, Divestment and Sanctions"-Bewegung (BDS) wurde vom Deutschen Bundestag am 17. Mai 2019 als antisemitisch eingestuft (gegen die Stimmen der Linksfraktion und einiger Grüner). Trotzdem geht über manche der Parteistiftungen deutsches Steuergeld an Organisationen, die zu BDS-Maßnahmen aufrufen.

Combatants for Peace

(Siehe auch Kategorien 1 und 2)

[Forderte](#) unter anderem ein Waffenembargo gegen Israel

Miftah

(Siehe auch Kategorie 1 und 2)

Unterzeichnete 2005 den ursprünglichen Aufruf zu BDS. Publiziert Artikel, die zu BDS aufrufen, und Listen israelischer Produkte und Firmen. Setzt sich bei UN und EU für BDS-Maßnahmen ein.

Local Conversation 972

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
HBS	60.00 0	67.20 0	57.40 0	54.18 0	48.02 0	37.80 0	42.00 0	40.20 0	28.00 0	40.00 0	40.00 0
RLS							42.07 3	58.40 0	59.67 2	78.40 0	58.22 4

Die Rosa Luxemburg Stiftung unterstützte die Organisation für das Jahr 2023 bisher mit 37.400.

Veröffentlicht [zahlreiche positive Artikel](#) zu BDS. Ernannte den Physiker Stephen Hawking 2013 zu einer der ["Personen des Jahres"](#), weil er BDS unterstützt hatte.

Kategorie 4: Parteiische innenpolitische Einmischung

Während die vorigen drei Kategorien viel mit palästinensischen Zielen und Aktivitäten zu tun haben, geht es hier um die Beeinflussung israelischer Innenpolitik zugunsten bestimmter politischer Richtungen. Konkret also um innenpolitische Einmischung in einem befreundeten Land. Das ist harmloser als die vorigen Kategorien, aber ob deutsches Steuergeld hier sinnvoll eingesetzt wird, ist zu bezweifeln. Zumal häufig einseitig die Opposition unterstützt wird, was diplomatische Verstimmungen hervorrufen und damit auch wirtschaftliche Nachteile für deutsche Firmen bedeuten könnte.

[ASSAF - Aid Organization for Refugees and Asylum Seekers in Israel](#)

Jahr	2012
Rosa Luxemburg Stiftung	48.198

[Klage am obersten Gerichtshof gegen die Ausweisung abgelehnter Asylbewerber](#) und setzte sich gegen die Unterbringung von Asylbewerbern in Lagern ein.

[The Hotline for Refugees and Migrants](#)

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
HBS			27.685	27.965	50.990	20.160	16.300	63.000	21.000	52.800	63.000
RLS	71.840	33.184				13.440	19.296				

Für 2023 bisher bekannt von HBS: 30.000

[Geben illegalen Einwanderern](#) Rechtsbeistand und haben z. B. ein Aufenthaltsrecht für Kinder illegaler Einwanderer durchgesetzt.

[Molad - The Center for the Renewal of Israeli Democracy](#)

Siehe auch Kategorie 2.

Publiziert Studien wie ["The Left's ideas are winning – so why are its politicians losing?"](#) und argumentiert für die [Zwei-Staaten-Lösung](#).

[Adva Center for Equality and Social Justice](#)

Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
RLS	141.760	196.829	228.175	209.443	216.994	135.239		58.800
FES	28.850	22.967	69.300	66.955	40.000	21.189	18.000	50.481
HBS	20.000	20.000	81.000	40.000			20.000	65.165

In eigenen Worten ["leading Israeli progressive think-and-do tank"](#). Linksliberale Politik in Bereichen von Sozialstaat, Bildung, Gesundheit, Gender etc.

[Sikkuy-Aufog - For a Shared and Equal Society](#)

Siehe auch Kategorie 1.

Lobbyieren für "[gleichere](#)" Verteilung von "state resources, including budget allocations, land, and government services" zwischen jüdischen und arabischen Staatsbürgern.

[IDEA - Center for Liberal Democracy](#)

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022
KAS	66.358	162.825	409.302	179.643	52.169
HBS		40.000	40.000	40.000	40.000
RLS			2.254		

Arbeitet [nach eigenen Angaben](#) daran, "eine langfristige Infrastruktur für das politische liberal-demokratische Lager in Israel zu errichten, indem ein Netzwerk aus Führungspersonen in hohen öffentlichen Positionen entwickelt wird". Was genau "liberal-demokratisch" aber überhaupt heißen soll und warum Israel das gerade angeblich nicht ist, lässt sich der Website von IDEA nicht entnehmen. Die <https://idea.org.il/en/thought-and-research/>, darunter Eva Illouz und Yossi Yonah, sind allerdings eher linksgerichtet.

[The Van Leer Jerusalem Institute](#)

Siehe auch Kategorie 2.

Gab die "[Jerusalem Declaration on Antisemitism](#)" in Auftrag, die durch eine neue Definition von Antisemitismus mehr Kritik an Israels Regierung erlauben will.

[Economic Cooperation Foundation](#)

Jahr	2012	2013	2019	2020	2021	2022
FES	160.000	87.145	160.000	149.582	150.000	113.000
HBS					48.000	

Setzt sich für die [Zwei-Staaten-Lösung](#) ein, die in Israel hochgradig umstritten ist.

[Mitivim - The Israeli Institute for Regional Foreign Policies](#)

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
FES	40.000	46.000	139.987	135.470	129.000		130.560	384.000	355.200

Setzt sich für die [Zwei-Staaten-Lösung](#) ein, die in Israel hochgradig umstritten ist.

[israel Hofsheet - Free Israel](#)

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2022
FNF	73.209	79.800	57.510	131.263	124.685	112.506

Setzen sich dafür ein, den israelischen Staat etwas säkularer/weniger jüdisch machen, sind [z. B. für](#) die Einführung einer standesamtliche Hochzeit und für weniger Einschränkungen des öffentlichen Lebens am Sabbat.

[Havatzelet - Cultural and Educational Institutions of HaShomer HaTzair](#)

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
FES	124.838	90.266	118.800	129.600	126.000	76.800	115.433	76.800	115.400

Havatzelet ist die Alumni-Organisation der sozialistisch-zionistischen Jugendgruppe "HaShomer HaTzair", welche Mitglied der "Internationalen Falkenbewegung – Sozialistische Erziehungsinternationale" ist. Entsprechend haben die "Kultur- und Erziehungsinstitutionen" von Havatzelet eine linksextreme Ausrichtung.

[The Israel Democracy Institute](#)

Jahr	2020
Konrad Adenauer Stiftung	145.337

Einflussreicher linksgerichteter Think Tank, der 2023 eine wichtige Rolle bei den Demonstrationen gegen die Justizreform spielte. [Platzierte eigene Mitarbeiter](#) als Berater in Regierungskomitees, in denen eigentlich nur Beamte sein sollten.

[The Foundation for Economic and Social Studies](#)

Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
RLS	215.236	208.900	196.990	232.874	198.858	294.866	328.312	408.452

[In den Schlagzeilen](#) wegen zu großer Nähe zur sozialistischen Partei "die Arbeit".

[The Arab Center for Alternative Planning](#)

Siehe auch Kategorie 1.

Beteiligt sich an Stadtplanungsverfahren, um angeblich die Belange der arabischen Bevölkerung zu berücksichtigen.

[Dirasat - The Arab Center for Law and Policy](#)

Jahr	2014
Rosa Luxemburg Stiftung	55.785

Mischt sich in zahlreiche Debatten ein, z.B. [in die Frage](#), wie zionistisch Schulbücher sein sollen.

Kategorie 5: Zivilgesellschaft mit unklarem Sinn

In dieser Kategorie werden die harmlosesten Organisationen untergebracht, die z. B. innerhalb der israelischen Zivilgesellschaft ohne direkten partei- oder tagespolitischen Bezug aktiv sind. Auch hier ist aber fragwürdig, warum deutsches Steuergeld in die Zivilgesellschaft eines anderen entwickelten, demokratischen Landes gepumpt werden sollte. Die für die dritte Welt gängigen Argumente von Entwicklungshilfe oder Demokratisierung sind auf Israel nicht anwendbar.

Peres Center for Peace & Innovation

Jahr	2012	2021
Friedrich Naumann Stiftung	500	36.780

Ein Museum für israelische Innovation und Technologie, das auch Kurse in Innovation, Sport, Unternehmertum und Umwelt anbietet.

Sister - Fair-Trade Shop

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2019	2020	2021
RLS	164.373	299.034	235.110	94.025	9.204	78.994	78.364	14.830

Fair-Trade-Laden für Produkte von Frauen, der scheinbar nicht wirtschaftlich arbeitet, da solche Zuschüsse notwendig sind.

Palestinian Art Court - Al Hoash

Jahr	2013	2014	2017
HBS	47.033	24.935	
RLS			31.324

Stellt palästinensische Kunst aus und fördert sie.

Arab Culture Association

Siehe auch Kategorie 1.

Versucht, eine kulturelle Identität für Araber in Israel zu entwickeln

Einzelbetrachtung der Parteistiftungen

Die folgende Tabelle listet auf, wie viele Organisationen welcher Kategorie Geld von welcher Parteistiftung bekommen haben. Da Organisationen mehreren Kategorien angehören können, sind Mehrfachnennungen möglich.

Stiftung	Kategorie				
	1	2	3	4	5
Konrad Adenauer Stiftung	3	5	1	4	0
Friedrich Ebert Stiftung	5	4	0	7	0
Friedrich Naumann Stiftung	0	0	0	1	1

Heinrich Böll Stiftung	7	6	1	8	2
Rosa Luxemburg Stiftung	15	11	2	12	3
Hanns Seidel Stiftung	1	3	0	1	0

Es zeigt sich, dass fast alle Stiftungen Geld an Organisationen der besonders problematischen Kategorien 1, 2 und 3 überwiesen haben. Deutsches Steuergeld unterstützt damit nachgewiesenermaßen Narrative, die so oder ähnlich auch von Terroristen verwendet werden. Bei Organisationen mit so großer ideologischer Nähe zum Terrorismus kann zudem nicht ausgeschlossen werden, dass dieses Geld auf indirekten Wegen nicht doch zu Gewalttätern geleitet wird, so wie in der Vergangenheit durch Addameer und UAWC.

Der Anteil von unterstützten besonders problematischen Organisationen ist bei der Heinrich Böll Stiftung und vor allem der Rosa Luxemburg Stiftung am höchsten.

Keine Zahlungen an Organisationen der Kategorien 1, 2 und 3 können wir nur für die Friedrich Naumann Stiftung nachweisen. Die FNF in Israel ist allerdings so intransparent, dass es unverantwortlich wäre, sich aus diesen wenigen Daten ein positives Urteil zu bilden.

Bei den als gemeinnützig registrierten Vertretungen können wir auch die Gehälter der Mitarbeiter betrachten, wobei die Heinrich Böll Stiftung diese seit 2016 nicht mehr gemeldet hat. Dies ist interessant, da die Parteistiftungen [wegen zu hoher Gehaltszahlungen im Inland](#) bereits in der Kritik standen. Es zeigt sich allerdings, dass ein auch im Vergleich zu den anderen gemeldeten Gehältern auffallend hohes Gehalt nur an die Schatzmeisterin der lokalen Vertretung der Rosa Luxemburg Stiftung, [Frau Rim A'amar](#), gezahlt wird: Im Jahr 2022 [558.135 €](#), also etwa 131.999 €. Andere Führungskräfte der Stiftungen vor Ort bekommen Gehälter im Bereich 200.000 bis 300.000 €.

Abschließend ist zu sagen, dass, obwohl die Kategorien 1 bis 3 besonders problematisch ist, auch die Verwendung von deutschem Steuergeld für Innenpolitik und Kultur in Israel (Kategorien 4 und 5) schwer vermittelbar erscheint.

Forderungen

Unsere Beobachtungen zeigen, dass die Parteistiftungen in Israel Steuergeld nicht nur auf intransparente Art und Weise verschwenden, sondern damit palästinensischen Terror zumindest ideologisch unterstützen. Daher formulieren wir die folgenden Forderungen:

- An Organisationen, die nicht in Israel registriert sind (sondern nur in den Palästinensergebieten, wenn überhaupt), sollte permanent kein einziger Euro mehr fließen, da es für die Öffentlichkeit keine Möglichkeit gibt, zu überprüfen, ob dieses Geld nicht bei Terroristen landet oder zumindest für terroristische Propaganda eingesetzt wird, wie die wenigen vorliegenden Daten zeigen. Daher ist es offensichtlich gegen die "Völkerverständigung" des Stiftungsfinanzierungsgesetzes gerichtet.
- Über Zahlungen der Parteistiftungen an Organisationen, die in Israel registriert sind, sollte ein Moratorium verhängt werden, bis Methoden entwickelt werden können,

diese Geldflüsse permanent der deutschen Öffentlichkeit zugänglich zu machen, damit öffentlich überprüft werden kann, dass die Parteistiftungen das neue Stiftungsfinanzierungsgesetz einhalten. Das kann in Zusammenarbeit mit der israelischen Regierung, die ohnehin viele relevante Daten aus dem Non-Profit-Bereich erhält, realisiert werden. Es sollte aber ausgedehnt werden auf Zahlungen an Organisationen, die zwar in Israel registriert sind, aber nicht als gemeinnützig. Besonderes Augenmerk hierbei verdienen Zahlungen der Heinrich Böll Stiftung und vor allem der Rosa Luxemburg Stiftung.

- Die Friedrich Ebert Stiftung und die Friedrich Naumann Stiftung sollten verpflichtet werden, sich in Israel als gemeinnützige Organisation zu registrieren, damit Dokumentationspflichten entstehen, die für diese Kontrollstrukturen genutzt werden können, und damit auch die Gehälter kontrollierbar werden.
- Ungewöhnlich hohe Gehaltszahlungen wie diejenige der Rosa Luxemburg Stiftung sollten auf Angemessenheit untersucht werden.
- Alle parteinahen Stiftungen sollten verpflichtet werden, die für gemeinnützige Organisationen in Israel geltenden Dokumentationspflichten komplett einzuhalten. Fehlende Bilanzen oder auch fehlende Meldungen der Gehälter (siehe Heinrich Böll Stiftung) sind nicht akzeptabel.

Die in Israel praktizierte Intransparenz kann als demonstrativ für die gesamte Auslandsarbeit der Parteinahen Stiftungen gesehen werden, die in Ländern mit schwächerer Verwaltung (z. B. der dritten Welt) noch stärker ist. Daher sollten ähnliche Transparenzregelungen für die gesamte Auslandsarbeit dieser Stiftungen erlassen werden. Ausnahmen von der Transparenz sollten nur im Kampf gegen geopolitisch relevante autoritäre Staaten wie China und Russland zugelassen werden, z. B. für die Unterstützung der Opposition in diesen Ländern oder in Drittstaaten, in denen der Einfluss dieser Länder bekämpft werden muss. Diese Ausnahmen sind dadurch zu begründen, dass sonst eine Gefahr für Leib und Leben der Beteiligten sowie für außenpolitische Komplikationen besteht. In demokratischen, befreundeten Staaten wie Israel besteht dagegen kein Anlass für solche Diskretion und es wäre eine vertrauensbildende Maßnahme, sie fallenzulassen.

Nur so entsteht für die Öffentlichkeit die Möglichkeit, die Einhaltung des neuen Stiftungsfinanzierungsgesetzes auch bei den ausländischen Aktivitäten zu kontrollieren.